



Bayerischer Landkreistag · Kardinal-Döpfner-Str. 8 · 80333 München

Frau Staatsministerin  
Judith Gerlach, MdL  
Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention  
Haidenauplatz 1  
81667 München

Bearbeiter/-in: Dr. Klaus Schulenburg  
Telefon: (089) 28 66 15 - 19  
Telefax: (089) 28 66 15 - 22  
E-Mail: [klaus.schulenburg@bay-landkreistag.de](mailto:klaus.schulenburg@bay-landkreistag.de)  
Aktenzeichen: V-544-12/pz

Ihr Zeichen:  
Ihr Schreiben:

München, 12.11.2025

**Geplantes Aussetzen der Meistbegünstigungsklausel für 2026 – Appell für eine Initiative der Länder, das Vorhaben über den Bundesrat zu stoppen**

Sehr geehrte Frau Staatsministerin,

Sie hatten zu dem Beschluss des Bundeskabinetts vom 15.10.2025, zur finanziellen Entlastung der gesetzlichen Krankenversicherungen die Meistbegünstigungsklausel bei der Krankenhausfinanzierung für 2026 auszusetzen zu wollen, öffentlichkeitswirksam deutliche Kritik geäußert. Dafür danken wir Ihnen herzlich!

Auch aus unserer Sicht sollte die Bundespolitik nach anderen Wegen der Beitragsstabilisierung suchen, etwa indem versicherungsfremde Leistungen der Krankenkas- sen wie die Mitversicherung von Langzeitarbeitslosen nach dem SGB II endlich kostendeckend aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Mit dem einmaligen Aussetzen der Meistbegünstigungsklausel die Krankenhäuser bzw. ihre Träger ab 2027 dauerhaft finanziell zu belasten, widerspricht nach unserer Überzeugung einer verlässlichen Krankenhauspolitik. Bekanntermaßen hatte der Bund erst kurz vor dem Kabinettsbeschluss den Soforttransformationsfonds i.H.v. einmalig 4 Mrd. Euro auf den Weg gebracht, um diese Entlastung i.H.v. ca. 1,8 Mrd. Euro rückgängig zu machen und das auch noch dauerhaft. Diese Vorgehensweise ließe befürchten, dass die Politik früher oder später zur Vermeidung von flächendeckenden Insolvenzen eine Kehrtwende machen müsste.

Der jetzt vom Bundestag eingeschlagene Weg, die Maßnahme über eine Formulierungshilfe als fachfremden Änderungsantrag zu dem an und für sich richtigen und notwendigen Gesetz zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege

(BEEP) einzubringen, muss nach unserer Überzeugung im Bundesrat gestoppt werden.

Wir bitten Sie daher dringend, sich hierfür in der Ausschussberatung wie ggf. durch Anrufung des Vermittlungsausschusses einzusetzen.

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Thomas Karmasin".

Thomas Karmasin

Landrat  
Präsident